

**Antrag 505/I/2025****Jusos Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verträge einhalten, Realitäten anerkennen: Für die Einführung einer solidarischen Ausbildungsplatzumlage in Berlin**

1 Im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Koalition in Ber-  
2 lin wurde festgeschrieben, dass bis zum 30. April 2025  
3 2000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze geschaf-  
4 fen werden sollen. Wenn dieses Ziel verfehlt wird, soll –  
5 laut Koalitionsvertrag – „vor der Sommerpause 2025 ein  
6 parlamentarisches Verfahren für eine gesetzliche Rege-  
7 lung zur Einführung einer Ausbildungsplatzumlage abge-  
8 schlossen“ werden.  
9  
10 Um dieses zusätzliche Ziel zu erreichen, wurde das Bünd-  
11 nis für Ausbildung ins Leben gerufen. Jedoch bilden in  
12 Berlin immer noch viel zu wenige Unternehmen aus (nur  
13 11,1% der Unternehmen), die Anzahl der Ausbildungsplätze  
14 ist weit unter dem Bundesdurchschnitt. Eine solidarische  
15 Ausbildungsumlage schafft Anreize, damit mehr Betrie-  
16 be Ausbildungsplätze anbieten, indem Ausbildungsplätze  
17 belohnt werden.  
18  
19 ***Das Bündnis für Ausbildung hat diese Zielmarke bereits  
nach hinten geschoben, sodass die Zeitschiene für die Ziel-  
marke von 2000 neuen betrieblichen Ausbildungsplätzen  
auf Ende 2025 und der Beschluss einer gesetzlichen Ausbil-  
dungsumlage auf spätestens Juni 2026 verlegt wurde.***  
20  
21 Allerdings wird die Umsetzung der Ausbildungsplatzum-  
22 lage von Teilen der Bündnisteilnehmer\*innen sowie vom  
23 Regierenden Bürgermeister zunehmend öffentlich in Fra-  
24 ge gestellt. So nannte der IHK-Präsident am 23. Mai die  
25 Forderung nach einer Ausbildungsumlage „das falsche Si-  
26 gnal“.  
27  
28 Wir unterstützen daher nachdrücklich die Forderungen  
29 des DGB Berlin-Brandenburg zur Einführung einer Ausbil-  
30 dungsumlage und fordern den Senat und die SPD-Fraktion  
31 im Abgeordnetenhaus auf, die gesetzliche Einführung ei-  
32 ner umfassenden Ausbildungsplatzumlage in Berlin in  
33 dieser Legislatur zu realisieren, wie im Koalitionsvertrag  
34 festgeschrieben.